

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

N^o 26.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 5317.

Hannover, Sonnabend, den 22. Dezember 1894.

Inserate kosten pro halbkolonnen Zeile oder deren Raum 15 Pf. Dritteln-Annahme 10 Pf. Redaktion und Verlag: Schmeddersstraße 15

3. Jahrg.

Advent.

Wir leben in der sogenannten „Adventszeit“. So hat die christliche Theologie die von ihr zur Vorbereitung auf das Weihnachtsfest, die Geburt Christi, bestimmte Zeit benannt. Durch das ganze alte Testament aebt die Advent-Hoffnung hindurch, die Hoffnung auf die Ankunft des „Erlösers“, des nach vorgeblicher göttlicher Offenbarung von den Propheten verheissenen Messias, der da kommen sollte, das Volk zu erlösen aus seinen Nöthen und Drangsalen und das Reich des Friedens und der Herrlichkeit zu gründen.

Die Theologen lehren uns, die Advent-Hoffnung habe sich erfüllt, der Messias sei gekommen, die Menschheit sei erlöst, und ihr das Reich des Friedens und der Herrlichkeit geworden — „im Jenseits“.

Ein frommer Wahn! Die der Menschheit eingeborene Hoffnung auf Erlösung und Verjüngung, auf Frieden und Glückseligkeit ist nicht erfüllt durch das „Wunder jener Nacht“, das man am Christfeste in den Kirchen feiert; nur schrittweise und stückweise vollzieht sich die Erfüllung unter immerwährendem harten Kampf und Ringen. Und jede Entwicklungsperiode der Menschheit hat ihren Advent; die Ideen des Menschthums, der Gleichheit, Gerechtigkeit und Freiheit haben zu immer schönerer Verwirklichung ihre Vorbereitungszeiten.

So auch gegenwärtig wieder. Die Gesellschaft geht schwanger mit neuen Prinzipien, einem neuen Geist, der in die Wirklichkeit hinein geboren werden will zur neuen Gestaltung der Dinge.

„Utopie“, „thörichter Zukunftsraum“ rufen uns die Anhänger und Verteidiger der bestehenden Zustände entgegen. Das ist das alte Erbübel, daß diejenigen, die ein Interesse an der Aufrechterhaltung des sozialen Glucks, der sozialen Ungerechtigkeit und der Unfreiheit haben, Jeden, der dagegen kämpft und seinen Glauben an eine bessere, von den Geboten höherer Humanität, Gerechtigkeit und Wahrheit beherrschte Zukunft offenbart, sich und Anderen zum Trost ein Bild dieser Zukunft entwirft, verkehren als „aufklärerischen Utopisten“.

Da wird höhnisch erklärt: so lange die Menschheit besteht, habe es immer viel Glend gegeben, und möge sie noch Tausende und Abertausende von Jahren existiren — Glend, viel Glend werde bleiben; der Menschengestalt sei nicht im Stande, es zu bannen, und die „goldene Zukunft“, von welcher die „Schwärmer und Verführer den Leichtgläubigen vorreden“, bleibt ein schöner Traum.

Die Einen dieser Stillstands-Fanatiker meinen, so sei es in „unabänderlichen Naturgesetzen“ begründet; die Anderen

berufen sich — und das ist ja immer das Leichteste und Einfachste — auf die Dogmen ihrer Religion, welche einen „unabänderlichen göttlichen Weltplan“ lehren und sagen: Nach „Gottes Anordnung“ könne es in der Welt nicht besser sein, als es ist; das Glend sei unlöslich vom menschlichen Dasein, und die Menschen, die davon betroffen werden, müßten es geduldig und mit Ergebung „in den Willen der Gottheit“, hoffend auf die erbarmende Liebe ihrer mit Glücksgütern gesegneten Mitmenschen ertragen.

Ein Blick auf die Geschichte der Menschheit zeigt uns die ganze unerhörte Kläglichkeit und Verunftwidrigkeit dieser Argumente. Offenbart uns die Geschichte doch nichts Anderes als der Menschheit immerwährendes Ringen gegen soziale Unvollkommenheiten und Schäden, gegen Barbarei, Unrecht, Unwissenheit, Glend und Noth jeder Art — und der Menschheit steten Sieg über diese Mächte, die von den Theologen immer und überall als „unbesiegbare Faktoren der göttlichen Weltordnung“ crachtet worden sind.

Wenn man auch unbedenklich zugeben kann, daß der ganzen Menschheit niemals ein vollkommenes Glück, ein Dasein ohne alles Leid zu Theil werden wird, so muß man doch unbedingt zugeben: es sei eine vernunftgemäße und humanitäre Ueberzeugung, daß mit der stetigen Entwicklung zu immer höherer Kultur die Zeit kommen werde, wo alles das Glend, was wir gegenwärtig unter der kollektiv bezeichneten „sozialen Glend“ in seinen verschiedenen Arten — körperliches und geistiges Siechthum aus Noth, Mangel an Erziehung u., Verbrechen und Laster — als Ausgeburt unserer schlimmen gesellschaftlichen Zustände kennen, nicht mehr existiren wird. Im Vergleich zu der Gegenwart mag eine solche Zukunft immerhin eine „goldene“ genannt werden; aber zu behaupten, daß sie ein „schöner Traum“ bleiben werde, von welchem „Schwärmer und Verführer den Leichtgläubigen vorreden“ — das zeugt von gänzlicher Verfeinerung des hohen natürlichen Verstandes der Menschheit, und kann wahrlich nicht dazu beitragen, das Bewußtsein der Menschwürde zu stärken und zu entwickeln.

Sonderbarer Widerspruch! Die Theologie, die sich als die „Wissenschaft des Göttlichen“ ausgiebt und behauptet, nach „göttlicher Inspiration“ zu handeln, sie muthet dem Armen und Glenden zu, an ein „besseres, ewiges Jenseits“ zu glauben, wo er entschädigt werden soll für die hienieden erduldeten Leiden. Aber an eine bessere Zukunft auf Erden, an einen Zustand irdischer Glückseligkeit soll er nicht glauben dürfen, — das nennt der bevormundete Geist der geistlichen und der weltlichen Macht „Utopien“, „gemeingefährliche Träume“.

Der Glaube an das „bessere Jenseits“ erleidet mehr und mehr das Schicksal aller übernatürlichen Vorstellungen; die Vermuth macht ihm ein Ende. Aber in demselben Maße stärkt sie auch den Glauben an eine bessere Zukunft des Menschengeschlechts.

Wäre es möglich, dem Menschen „schönen Traum“ von einer besseren Zukunft zu zerstören, so würde er den stärksten sittlichen Halt im Chaos des Glends verlieren.

Noch immer, von Zeitalter zu Zeitalter, hat sich von „schönen Traum der Schwärmer und Verführer“ ein Theil erfüllt. Das größere Heil der Menschheit ist stets dem Ideal entsprungen. Kein „Schwärmer und Verführer“ traunte diesen Traum umsonst. Ist er doch nichts Anderes, als die von der Erkenntniß der entwicklungsgeographischen Nothwendigkeiten verlesene sichere Voraussicht!

So können wir mit größter Bestimmtheit sagen: all das soziale Glend, die wirtschaftliche Corruption, die Unfreiheit und Ungerechtigkeit von heute gehört nicht zu den im Wesen der Dinge begründeten unwandbaren Erscheinungen, sondern zu den sehr wohl abwendbaren. Abwendbar in jeder schlimmen Lage, der in verkehrten oder in unzureichenden Einrichtungen wurzelt, und solche Zustände sind es, denen unter dem Banner des Sozialismus das Proletariat kämpfend entgegentritt.

Und diese Zeit des gewaltigen, weltumspannenden Kampfes für eine bessere und gerechtere Gesellschaftsordnung, das ist der Advent des Proletariats, der dunkelnden, auf Erlösung hoffenden Arbeit.

Wieder will das vernünftige Ideal sich losringen aus der Unvernunft des überlieferten Daseins. Alles Große in der Geschichte ging stets aus von Trägern einer Idee, die weit über die bisherige Erfahrung hinausgriff. Aber so lange es eine aus Noth und Noth zum Licht, zur Freiheit und zum Glück aufwärts strebende Menschheit giebt, ist sie nie höheren und schöneren Idealen gefolgt, als diejenigen sind, welche die Arbeiterbewegung der Gegenwart charakterisiren. Diese Ideale gehen auf einen Zustand der Menschheit, in welchem die Arbeit ihre Rechte genießt und ein wilder, verunsichernder Klassenkampf unmöglich ist.

Ein edleres, ein großartigeres Ideal hat niemals vorher sich geltend gemacht in den sozialen Daseins- und Interessenkämpfen! Nicht grollenden, haß und racheerfüllten Sklaven gleich, die des Augenblicks harren, ihre Ketten zu brechen, geben den sich dem Ideal beisehenden Arbeiter, nein, mit den Wissenschaft und Erfahrung geschmiedeten Geisteswaffen kämpfen sie frei und offen für der Menschheit besseres Loos; mit Besonnenheit und Einsicht arbeiten sie der nothwendigen großen Wandelung der Dinge vor.

Das Recht auf die Produktionsmittel im Alterthum.

1) (Nachbrod verboten)

K. F. In der Kindheit der Menschheit finden wir zunächst nur Aeußerungen über eine Pflicht zur Arbeit, die nach dem religiösen Wahn von Gott auferlegt ist. Nach der biblischen Mythe führte Jehova den Menschen in das Paradies, es zu bebauen und zu bewohnen. Später, als der Mensch durch den „Sündenfall“ sich des Gartens Eden verlustig gemacht, heißt es: „Am Schwelke deines Angesichts sollst du dein Brot essen.“ Weiter: „Feiner Hände Arbeit ißest du: heil dir und wohl dir.“ „Einem jeglichen Menschen ist Mühe nach seinem Maße.“

Bei der Eroberung des sogenannten „gelobten Landes“, welches der bekannnte Mythe nach den Hebräern als dem „ausgewählten Volke“ von Gott Jehova selbst gegeben sein soll war dasselbe an die zwölf Stämme und von diesen sodann an die einzelnen Familien ausgetheilt worden. Als Generalbesitzer des gesammten Bodens jedoch galt Gott Jehova. „Mein ist das Land, spricht der Herr, und ihr seid Fremdlinge und Beisessene bei mir.“ Niemand sollte ein Stamm- oder Familiengut, oder ein Haus auf dem Lande verkaufen dürfen; nur mit Häufein in den Städten durfte eine Veräußerung vorgenommen werden. Waren erstere doch verkauft worden, so mußten sie in dem alle siebenmal si-ben Jahre wiederkehrenden Jocab- oder Sabbatjahr dem früheren Besitzer oder dessen Geschlechte durch Wiederverkauf zurückgegeben werden; auch stand Bekteren das Recht zu, schon vor dem Sabbatjahre die Rückgabe zu verlangen. Ebenso mußten in jedem Sabbatjahr die israelitischen Schuldsklaven freigegeben werden; sie erhielten dann zu Begründung einer Wirthschaft Land, Vieh und Getreide. „Am Tage der Verjüngung sollt ihr die Trompete blasen im ganzen Land und sollt das fünfzigste Jahr heiligen, indem ihr die Freiheit verkündigt für

alle seine Einwohner. Ein jeglicher unter euch soll wieder zu seinem Eigenthum und zu seiner Familie kommen.“

Dieser Theil der mosaischen Gesetzgebung war ohne Zweifel nicht nur darauf berechnet, dem Volke die für die damalige Zeit allein maßgebenden Produktionsmittel, Grund und Boden zu verschaffen, sondern auch zu verhindern, daß es dauernd von denselben getrennt werde; das sogenannte Sabbatjahr sollte bewirken, daß Alles, was in der Ordnung des Gemeinweins während eines halben Jahrhunderts sich verwirrt hatte, auf seinen reinen Zustand zurückkehre, d. h. die gegenseitige Stellung und der Besitz der äußeren Güter des Lebens wieder hergestellt werde.“

Man kann sichtlich, ohne der historischen Wahrheit einigen Zwang anzuthun, nicht sagen, daß das in der mosaischen Gesetzgebung neben der Pflicht zur Arbeit konstruirte und beschützte Recht auf die Arbeitsmittel das Recht auf Arbeit ausschließe. Mit der Pflicht zur Arbeit schon allein, noch mehr aber mit der rechtlichen Sicherstellung der Produktionsmittel ist der Begriff des Rechtes auf Arbeit ganz unzweideutig gegeben.

Ein Recht auf die von der Natur verliehenen Produktionsmittel, Grund und Boden, sicherte auch die auf den Prinzipien der praktischen Gleichheit beruhende Gesetzgebung des Lykurgus (um das Jahr 845 v. Chr.) den Spartanern zu. Um den bereits stark hervorgetretenen Unterschied des Besitzes zu beseitigen, vertheilte er das ganze Land in gleichen Theilen unter die Bürger. Plutarch berichtet darüber: „Es herrschte damals in Sparta eine außerordentliche Ungleichheit; eine Menge dürftiger, unbegüterter Leute fiel dem Staate zur Last, und dagegen strömten die Reichthümer in einigen wenigen Familien zusammen, woraus nichts als Uebermuth, Betrug und Schwelgerei entstand. Um diese und die noch weit größeren Verbrechen des Staates, Reichthum und Armuth, gänzlich zu verbannen, beredete er die Bürger, alle ihre Ländereien

herzugeben, sie auf's Neue vertheilen zu lassen und in völliger Gleichheit und Gemeinschaft der Güter mit einander zu leben.“

Die Theilung ergab dreißigtausend Felder, jedes groß genug, um einer Familie reichliches Auskommen zu gewähren. Diesen Zustand möglichst dauernd zu machen, bestimmte Lykurgus: Kein Grundstück soll von Privatleuten getheilt, verpfändet oder verkauft werden dürfen; der älteste Sohn erhält als Erbe Haus und Feld, ist jedoch verpflichtet, für seine Geschwister zu sorgen; ist kein Sohn da, so fällt das Familiengrundstück an die älteste Tochter, diese muß jedoch einen Güterlosen aus dem Kreise des Stammes heirathen; sind gar keine Kinder vorhanden, so soll der Hausherr einen ledigen und güterlosen Mann aus dem Stamme an Kindesstatt zum Erben einsehen.

Nach etwa fünfshundert Jahren Lykurgus' Verfassung sich vollständig gelockert hatte und einige wenige Bürger die Besitzer aller Grundstücke und die Gläubiger aller übrigen geworden waren, da versuchte zunächst König Agis IV. eine neue Bodenvertheilung. Der Versuch mißlang, und Agis büßte denselben mit dem Tode. Dann setzte, durch gewaltthames Vorgehen gegen die Reichen, um das Jahr 226 v. Chr. Kleomenes II. eine neue Bodenvertheilung und Abschaffung der Schulden durch. Doch wurde diese Reform alsbald wieder rückgängig.

Dreihundert Jahre nach Lykurgus gab Solon der Stadt Athen eine auf Wiederherstellung des gestörten Gleichgewichts der Güter berechnete Verfassung.

Damals war der Zustand des athenischen Volkes äußerst zu beklagen. Eine Klasse des Volkes besaß Alles, die anderen hingegen gar nichts; die Reichen unterdrückten und plünderten auf's unbarbarischste die Armen. Es entstand eine unermessliche Scheidewand zwischen beiden. Die Noth zwang die ärmeren Bürger, zu den Reichen ihre Zukunft zu nehmen; zu eben den Blutegeteln, die sie ausgefogen hatten; aber sie fanden nur eine grausame Hilfe bei diesen. Für die Summen, die sie aufnahmen, mußten

*) Ewald, „Geschichte des Volkes Israel“. II. Band. Seite 378.

Die sozialistischen Ideale der Arbeiter bilden den Mittelpunkt der ganzen modernen Kulturbewegung, als das Ziel höherer Kulturentwicklung. Und diese Ideale, die frohe Hoffnung des Proletariats auf eine schönere Zukunft, seinen Glanz an die Verwirklichung des „schönen Traumes“ kann keine Macht zerstören. Und die Hoffnung wird sich erfüllen, das Ideal wird verwirklicht werden! Das ist kein Traum, sondern ein Spiegelbild all jener Wirklichkeiten, die im Schooße der Kultur sich vorbereiten nach unumkehrbarem Geize der Notwendigkeit. Der Sozialdemokratie aber ist die große Aufgabe zugefallen, die Weltbewohner der neuen Zeit, der besseren Zukunft zu sein!

(Grundstein.)

Die Umsturzvorlage.

Die Forderung eines geordneten sozialen und politischen Fortschritts haben mit ihren Anstrengungen nach Unterdrückung nachregeln gegen die Sozialdemokratie endlich Erhöhung gefunden. Die Vorlage, welche nach Eröffnung des Reichstages das Licht der Welt erblickt hat, umfaßt drei Artikel.

Artikel 1 enthält: 1. Änderungen des Strafgesetzbuches, zunächst des § 111 desselben, wodurch die Aufzählung zu Verbrechen und strafbaren Handlungen mit Gefängnis bis zu 3 Jahren bestraft werden kann und auch diejenigen Personen bestraft werden, die ein gemeingefährliches Vergehen ausüben oder als erlaubt darstellen; 2. eine Erweiterung des § 112, der die Verleitung von Soldaten und Militärpersonen mit schärferen Strafen bedroht, wenn dabei Bestrebungen hervortreten, die auf den Umsturz der Staatsgewalt gerichtet sind; 3. wird § 126, der von der Androhung eines gemeingefährlichen Verbrechens handelt, auf die Bedrohung mit Verbrechen überhaupt ausgedehnt; 4. wird durch einen neuen Paragraphen die Bestrafung des Mephistos vorgegeben, das darauf gerichtet ist, den Umsturz der Staatsordnung herbeizuführen; 5. wird § 130 dahin erweitert, daß Personen bestraft werden, die Religion, Monarchie, Familie, Ehe und Eigentum in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise durch beschimpfende Äußerungen angreifen. Artikel 2 betrifft die Disziplinierung von Lehrlingen und Untertanen des Verlautenstandes. Diese sollen ihrer Stellung entzogen werden, sofern sie wegen Verletzung der Strafbestimmungen im Abschnitt 6 und 7 des Strafgesetzbuches, also wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und wegen Verbrechen und Vergehen wider die öffentliche Ordnung mit mindestens 3 Monaten Gefängnis bestraft sind. Artikel 3 betrifft die vorläufige Beschlagnahme von Proherzeugnissen im Falle des Vergehens wider die oben erwähnten §§ 111, 112 und 130.

Die Vertreter der herrschenden Gesellschaft sind über diesen Entwurf sehr wenig erobert. Die Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen hatten gehofft, daß ein, wenn möglich noch schärferes Sozialistengesetz wie das 1890 erteilte entworfen zu Stande kommen würde, geeignet, der Sozialdemokratie den Garaus zu machen. Herr v. Stumm, der Bar all dieser zu Neunfischen Hallberg, sprach es unumwunden aus, daß, wenn er eine Umsturzvorlage zu entwerfen gehabt hätte, eine andere zu Stande gekommen wäre. Genannter Herr bezeichnet den christlich sozialistischen Weber von München-Grabbach als „einen gefährlichen Agitator“. Wenn die christlich sozialpolitischen Wasserwaffen des Herrn Weber den Unwillen des Herrn v. Stumm hervorgerufen hätten, welche Verleumdung mag ihn gegen die Sozialdemokratie erfüllen! Ist! Ein wahrer Segen, daß der Alleinherrscher über Neunfischen nicht auch der Gebieter aller Sozialdemokraten ist.

Obenwiewenig wie die Vorlage den regierungsfreundlichen Parteien nicht genügt, fordert sie die Begehrtheit der bürgerlichen Oppositionsparteien heraus, welche befürchten, in den Händen des Gesetzes, mit den Sozialdemokraten gehangen und gefangen werden zu können. Ja, wenn das im Sinne

der Vorlage geänderte Gesetz weniger lauschhaftig sich nur gegen die Sozialdemokratie anwenden ließe, dann — ja dann — würden auch die bürgerlichen Oppositionsmänner es an bereitwilligem Entgegenkommen nicht fehlen lassen.

Inzwischen sind die Mitglieder des Reichstages in die Ferien gegangen. Ueber Sein oder Nichtsein des Umsturzgesetzes wird erst nach den Weihnachtsferien entschieden werden, sein Schicksal ist zweifelhaft. Ob es angenommen oder abgelehnt, seine Ablehnung der Regierung Veranlassung geben wird, den Reichstag aufzulösen, und die Neuwahlen sich unter der Losung: „Kampf gegen den Umsturz“ vollziehen werden, wer weiß es! Die dunklen und die heitern Looje ruhen in der Zukunft Schooße! Für die Klassenbewußten Arbeiter hat sich der Kampf in einer Art und Weise gestaltet und in der Interpretation der Geize eine Virtuosität ausgebildet, daß wir den Kampf gewöhnt sind. Ob der allernueste Mars mit oder ohne Umsturzgeiz segelt, der untrügliche bleibt der alte: immer vorwärts trotz alledem!

Korrespondenzen.

Harmbeck. Unsere am 6. Dezember tagende Mitglieder-Versammlung wurde mit dem Bericht des Delegierten über die letzte Kartelltagung eingeleitet, an welche sich die Abrechnung über das Stützungsgeld anreichte. Die Einnahme betrug 63,90 M., die Ausgabe 83 M., mithin ergab sich ein Defizit von 19,10 M., welches von der Agitationskommission gedeckt wurde. Nach Entgegennahme des Berichts von der Pinneberger Konferenz, von dessen Wiederholung wir Abstand nehmen, erhielt Genosse W. Köhler das Wort zu einem Vortrage über: „Robert Blum und seine Zeit“. Nachdem die Versammlung denselben gehört, war sie an den Schluß ihrer Beratungen gelangt.

Sarburg. Die hiesige Zahlstelle hielt am 11. Dez. ihre Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn Lamprecht ab. Zum 1. Punkt der Tagesordnung: „Die Stellung der Frau in der heutigen Gesellschaft“, erhielt Genosse Theiß aus Hamburg das Wort. Redner wies unter lebhaftem Beifall nach, daß die bestehende Klasse und das Pöbelschum die Gleichberechtigung der Frauen zu verleugnen suchen, aber trotzdem noch in den Arbeiterkreisen, hauptsächlich unter den Frauen, für sich Stimmung machen. Die Bibel lehrt deutlich, daß der Mann das Oberhaupt und die Frau nur die Dienerin ist. Wir aber rufen: Fort mit einer Gesellschaftsordnung, in der die Frauen nicht als gleichberechtigt betrachtet werden. Redner ermahnte noch die Männer, daß sie nicht bloß in den Versammlungen unter ihren Arbeitskollegen agitieren, sondern ihre Hauptaufgabe sein solle, auch die Frauen zu tüchtigen Genossinnen heranzubilden, denn nur dann können wir zum Ziele gelangen. Unter „Verschiedenes“ wurde Kollege Gutwirth von der Versammlung beauftragt, Meldungen Arbeitsloser für die Weismachtsbescheinigung entgegen zu nehmen und dem Gewerkschaftskartell zu überliefern. Kollege Wegener beschwerte sich, daß die Abrechnung vom 3. Quartal im Verbandsorgan nicht fröhlich und erwartend, daß die Sache geregelt werde. Nachdem noch mehrere Bezirksassessoren gewählt, erfolgte um 11 Uhr Schluß der Versammlung.

Heidelberg. Am 18. Dezember tagte hier eine öffentliche Versammlung für Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen, in welcher Genosse Ed. Gräf aus Frankfurt a. M. über: „Die Lage des Proletariats und die Notwendigkeit der Organisation“, referierte. Die Versammlung war, den örtlichen Verhältnissen entsprechend, gut besucht. Den gediegenen Vortrag in seinem ganzen Inhalte wiederzugeben, verbietet der Raumangel des „Proletarier“. Daher wollen wir nur einige Punkte anführen. Redner wies auf die Konsumunfähigkeit des arbeitenden Volkes hin, mit der Frage: „Wie ist es möglich, daß Elend und Noth einen so großen Umfang annehmen konnten und was sind die

Ursachen?“ Diese können nur in der privatkapitalistischen Produktionsweise gefunden werden. Um nachweisen zu können, daß mit der Entwicklung der Produktion bis zu der gegenwärtigen Höhe, auch in demselben Grade Elend und Noth des Volkes sich entwickelten, müssen wir um eine Spanne Zeit zurückgreifen. Die Zeiten, wie Mitte des vorigen und Anfang dieses Jahrhunderts, von denen man sagen konnte, daß jeder, der arbeiten wollte und arbeitsfähig war, eine leiblich gute Existenz finden konnte, sind längst vorüber. Schon durch den Verfall der Zünfte und Gilden, deren Mitglieder eine goldene Zeit durchlebten, deren sich unsere heutigen Innungsmeister schmerzlich erinnern, trat eine nicht unbedeutende Wandlung zu Ungunsten der Handwerker und deren Gesellen ein. Durch die Entdeckung der Verkehrswege nach außereuropäischen Staaten hatte der Handel einen bedeutenden Aufschwung genommen. Die Zünfte, welche in Folge ihrer Satzungen nicht für Kundenschaft außerhalb ihrer Grenzpfähle arbeiten durften, brünnach den Anforderungen des Weltmarktes nicht nachkommen konnten, zwangen die Kaufmannschaft zur Gründung von Fabriken. An Arbeitskräften war kein Mangel, hatten doch die Zünfte einer großen Anzahl von Handwerkern die Schhaftmachung in den Städten unmöglich gemacht. Die so zurückgebliebenen und verstoßenen Handwerker boten sich in Masse der Kaufmannschaft zur Arbeit an. Die Zünfte gerieten in Verfall. Der Kampf um das Dasein zwang Tausende von Zünftigen, Lohnarbeiter der Manufakturisten zu werden. Durch die großartige Theilung der Arbeit war es möglich, die Produktion ganz gewaltig zu steigern und besonders die Textilindustrie nahm einen gewaltigen Aufschwung. Lange jedoch sollte der handwerksmäßige Großbetrieb in dieser Branche nicht dauern, denn auch Erfindung der Spinnmaschinen Jenny und Mule mußte dieser der fabrikmäßigen Produktion Platz machen. Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen wurden überflüssig und dem Elende preisgegeben. Mit der Erfindung der Dampfmaschine hatte auch die letzte Stunde der Manufaktur geschlagen. Die Großindustrie rief immer größere Produktionsgebiete an sich; ein Gewerbezweig nach dem anderen fiel ihr zum Opfer. Es blieb somit den Handwerkern keine andere Wahl, als zu verhungern oder in die Dienste der Kapitalisten zu treten. So entstand nun die Hausindustrie mit ihren erbärmlichen Auswüchsen an den Existenzverhältnissen der darin Beschäftigten. Die Entwicklung der Technik machte nicht allein auf industriellem, sondern auch auf landwirtschaftlichem Gebiete Fortschritte, wodurch ebenfalls Tausende von Arbeitern überflüssig wurden und in den Städten Unterlunft suchten. Aber so wurde die Zahl der Lohnarbeiter, aber auch gleichzeitig die der Arbeitslosen, zum Ueberflusse vermehrt. Bekanntlich will ein jeder Unternehmer so schnell wie möglich reich werden, er wendet daher alle Mittel an, die ihm zum Ziele führen. Durch die Theilung der Arbeit ist es möglich, immer mehr ungelernete Arbeiter, die billiger arbeiten, heranzuziehen. Die Maschine zwingt den Menschen resp. den Arbeiter, daß er sich selbst als ein Stück derselben betrachtet, die gelernten Arbeiter sind mithin überflüssig geworden. Derjenige nun, der die Mittel hat, hat auch die Wissenschaft und Technik auf seiner Seite, er braucht nur in die Tasche zu greifen und alle Ertrugenschaften der beiden Faktoren sind sein Eigentum. Jede technische Verbesserung und jede neue Maschine macht menschliche Arbeitskraft überflüssig; wo männliche Arbeitskraft zu teuer, tritt weibliche und Kinderarbeit an deren Stelle. Die Tendenz der niedrigen Löhne wird bei allen Kapitalisten allgemein. Tausende von Arbeitern verdienen nicht soviel, daß es zum Leben ausreicht. Die Kaufkraft erlahmt, der Konsum wird auf die Lebensmittel eingeschränkt; von der Anschaffung anderer Gegenstände ist schon gar keine Rede mehr. Während nun die Produktion von Waaren bis ins Unendliche gesteigert wird, alle Lager davon vollgepfropft sind, ist in Folge der niedrigen Löhne

sie ungeheure Zinsen bezahlen und, wenn sie nicht Termin bieten, ihre Ländereien selbst an die Gläubiger abtreten. Nachdem sie nichts mehr zu geben hatten und doch leben mußten, waren sie dahin gebracht, ihre eigenen Kinder als Sklaven zu verkaufen und endlich, als auch diese Zuflucht erschöpft war, vorzugen sie auf ihren eigenen Leib und mußten sich gefallen lassen, von ihren Kreditoren als Sklaven verkauft zu werden. Gegen diesen grausamen Menschenhandel war noch kein Gesetz in Afrika gegeben, und nichts hielt die grausame Habgier der reichen Bürger in Schranken. So schrecklich war der Zustand Athens. Wenn der Staat nicht zu Grunde gehen sollte, so mußte man dieses gestörte Gleichgewicht der Güter auf eine gewaltsame Art wieder herstellen.“

Dem zum Archen und Gesetzgeber ernannten Solon schien die von den Armen verlangte Bodenverteilung nach dem Muster des Lykurg des Widerstandes der mächtigen Reichen wegen nicht rätlich. Er wählte daher einen Mittelweg, indem er die Seisachtheia (d. h. Erledigung, Lastenerleichterung) führte. Danach sollten die Gläubiger nur sieben Zehntel ihres ausgeliehenen Kapitals erhalten; der Geldwert wurde erhöht und der Zinsfuß herabgesetzt; auch wurde verboten, künftig Jemandem auf seinen Leib etwas zu leihen und einen Schuldner in Haft oder Sklaverei zu nehmen. So konnte der Bürger den Acker, den er vorher als Tagelöhner für seinen harttherzigen Gläubiger bestellen mußte, jetzt wieder als sein Eigentum bearbeiten. Viele von ihren Gläubigern als Sklaven ins Ausland verkaufte Bürger sahen als freie Menschen ihr Vaterland wieder.

Durch diese Maßnahmen rettete Solon den Mittelstand und damit Athen. Dem Gange zum Müßiggang suchte er dadurch zu begegnen, daß er den unvernünftigen Eltern zur Pflicht machte, ihre Kinder ein Handwerk, womit sie sich ernähren könnten, erlernen zu lassen, damit nicht aus ihnen dem Staate eine unnütze Last erwachse. Ja, jeder Bürger sollte von Staatswegen zur Arbeit angehalten

und jeder unvermögende Müßiggänger vor Gericht gezogen werden können, um sich hier über die Mittel zu seiner Subsistenz auszuweisen. Mangelnder Nachweis einer eintäglichen Tätigkeit und fruchtlose Ermahnungen zur Arbeit konnten, mit Verkürzung des Bürgerrechts und mit Ehrloserrklärung bestraft werden.

Uebrigens aber hatte der athenische Staat die Verpflichtung übernommen, allen denjenigen seiner Bürger, welche erwerbsunfähig und zugleich arm waren, eine sie von der Privatwohlthätigkeit unabhängig machende, gesicherte Existenz zu gewähren.

Wiederholt tauchte in Griechenland der Gedanke auf, das Grundvermögen zur Expropriation und gleiche Verteilung zu bringen. Als Vertreter dieses Gedankens kommt hauptsächlich Plato in Betracht.

Bei Plutarch finden wir die Idee von einer Pflicht zur Arbeit in dem seinen Landsleuten, den Griechen, erteilten Rath: ihre Sklaven zu verkaufen, damit die Gier der Bucherer sie nicht selbst zu Sklaven mache, die Arbeit zu ehren, und sich als Arbeiter ihr Brot zu suchen.

Im römischen Sklavenstaate war es in noch weit höherem Maße der Zustand der Massenarmuth freier Bürger, zu dessen Beseitigung Jahrhundert hindurch die verschiedensten Versuche gemacht wurden. Besonders auf die Wiederherstellung des durch Latifundienwirtschaft zerrütteten freien Bauernstandes war man des öfteren bedacht. In den ältesten Zeiten Roms hatten die Bürger das Recht auf die Produktionsmittel. Das ganze Staatsgebiet zerfiel in das Gemeinland (ager publicus), wovon ein Theil für Staatszwecke, einer für den Kultus und ein dritter zur öffentlichen Weide bestimmt war, sowie in das in Erblosen unter die Bürger vertheilte Privatland (ager privatus). Diese Privatgüter waren so klein, daß sie eben ausreichten, einer Familie den Unterhalt zu gewähren; indessen trieben die Bürger neben dem Landbau auf den Weiden des Gemeinlandes noch Viehzucht.

Dieser Zustand war aber nicht von langer Dauer. Neben den Bürgern, die als die Patrizier, d. h. die Frei-

geborenen, bezeichnet wurden, entstand eine untergeordnete, nicht gleichberechtigte Bürgerschaft, die Plebs, von freigelassenen Sklaven und den vielen im Kriege Besiegten gebildet, die man Mühsig, nach Rom zu ziehen. Bald überwogen die Plebejer an Zahl die Patrizier bedeutend, was zur Folge hatte, daß Letztere sich aus der ursprünglichen Bürgerschaft in einen durchaus bevorrechteten Stand, eine Art Erbadel, verwandelten. Die Patrizier allein konnten Aemter und Würden bekleiden. Die von ihnen in Anspruch genommene ausschließliche Gut auf der gemeinsamen Trift und Weide dehnten sie mißbräuchlich zu einer wirklichen Okkupation des ganzen ager publicus aus, so daß den Plebejern nichts davon zu Gute kam.

Durch diese Veränderung und Verschiebung der Elemente des Staates sah der vorletzte König, Servius Tullius, sich veranlaßt, den seither besitzlosen Plebejern Landeigentum zu geben, indem er die eroberten Ländergebiete in Erblosen unter sie vertheilte.

Diese Maßregel vermochte nicht zu verhindern, daß der Gegenjah zwischen Plebejern und Patriziern sich immer mehr zuspitzte und der Kampf zwischen beiden Klassen immer heftiger wurde. Zunächst und auf lange hinaus noch betraf dieser Kampf hauptsächlich den ager publicus, welcher durch das den besiegten Feinden abgenommene Land stetig vergrößert worden war. Die Plebejer verlangten, gemäß den von Servius Tullius getroffenen Einrichtungen, Antheil an der Benutzung desselben. Mehr und mehr jedoch ging der ager publicus in den Besitz der Patrizier über, und mehr und mehr wurden noch obendrein die Plebejer aus dem Besitze ihrer Privatgüter verdrängt.

Der Unterschied zwischen Reich und Arm nahm infolgedessen immer größere Ausdehnung an, so daß im Jahre 486 v. Chr. der tüchtige Konsul Spurius Cassius es als eine unabwiesbare soziale Nothwendigkeit erachtete, das nach ihm Lex Cassia benannte erste agrarische Gesetz in Vorschlag zu bringen.

(Fortsetzung folgt.)

an einen Konsum aller dieser produzierten Waaren nicht mehr zu denken, obgleich das Bedürfnis in größtem Maße vorhanden ist. Was ist die Folge? Da ein Abgabegeld nicht vorhanden ist, ist die große Masse des Volkes zur Konsumtionsunfähigkeit verdammt; die Produktion wird beschränkt. Hunderttausende von Arbeitern werden in Folge dieser planlosen Produktion auf Pflaster gemorrt und samt ihren Familien dem Elend preisgegeben. Wir sehen mitbin, daß die Arbeiter, wie es seit jeher der Fall war, für die Sünden der herrschenden Klasse, des herrschenden Systems büßen müssen. Trotzdem wundert man sich in jenen Kreisen, wenn die Arbeiter angesichts des an ihnen begangenen Unrechts unzufrieden werden. Empörend ist es, wenn angesichts der Noth, welche Hunderttausende von Arbeitern trifft, die Organe der Geldprogen von der Genußsucht und Begehrlichkeit der arbeitenden Klassen sprechen. Nicht genug, daß die herrschende Klasse zu dem degradiert, was Noth und Elend in sich schließt, gestellt sie noch zu dem Unglück Spott und Hohn. Sie besudelt die noch mit Spott und Hohn, aus deren Haut sie Niemen schneidet, aus deren Schweis sie Goldberge häutet. Dieses Loos werden wir solange als unabänderlich betrachten müssen, solange wir vereinzelt dagegen ankämpfen. Ein Mittel giebt es, das Erfolg im Kampfe um ein menschenwürdiges Dasein unbedingt bietet: das ist die Organisation. „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ ruft uns Karl Marx zu, folgen wir diesem Rufe, und wir, die Unterdrückten, werden die Unterdrücker besiegen! Es ist so die Menschenpflicht eines jeden Einzelnen, mitzukämpfen an der Verdrängung des Proletariats aus den Fesseln des Kapitalismus!

Hemelungen bei Bremen. Auch hier haben die Verhältnisse die Arbeiter gezwungen, über ihre Klassenlage nachzudenken und eine Organisation zur Vertretung und Wahrung der Arbeiterinteressen zu gründen. Zu diesem Zweck fand am 6. und 7. Dezember je eine Volksversammlung statt. Obwohl die erdrückende Mehrheit der Einwohner Hemelungen aus Lohnarbeitern und Arbeiterinnen besteht, ist ein Lokal, in welchem dieselben ihre Angelegenheiten beraten können, nicht zu haben. Die Versammlungen fanden daher in den benachbarten Orten Sebaldsbrück und Hastedt statt. Der Kollege Drey-Pannover hatte für die Versammlungen die Referate übernommen. Die erste Versammlung beschloß sich einstimmig für die Gründung einer Zahlstelle, in die ausgelegten Listen zeichneten sich 55 Personen ein. Die zweite Versammlung stimmte dem Entschlusse zu und versprach für Ausbreitung des begonnenen Werkes Sorge zu tragen. Somit sind die Erwartungen auf eine kräftige, gute Zahlstelle berechtigt.

Kassel. Am 16. Dezember tagte bei G. Wittrod eine Mitglieder-Versammlung der hiesigen Zahlstelle, in welcher Genosse Wagner einen Vortrag über die Gewerbeordnung halten wollte, die Versammlung beschloß jedoch, den Vortrag wegen der geringen Zahl der Anwesenden (15 Mitglieder) nicht abzuhalten. Es wurde beschlossen, die nächste Versammlung am Sonntag, den 6. Januar 1896, bei G. Wittrod abzuhalten, und dieselbe auch im „Volksblatt für Hessen und Waldeck“ bekannt zu machen. Genosse Wagner wird in derselben den Vortrag über die Gewerbeordnung halten. Die Versammlung rügte, daß die Abrechnung nicht vorliege und sprach ihre Mißbilligung aus, daß der Kassirer in den letzten Versammlungen nicht anwesend war. Zum Bibliothekar bei der Gewerkschaftsbibliothek wurde Kollege Kohns gewählt. Die Mitglieder der hiesigen Zahlstelle müssen immer wieder an ihre Pflicht erinnert werden, die Versammlungen besser zu besuchen.

Lägerdorf. Wir fordern hierdurch die Mitglieder unserer Zahlstelle dringend auf, die Versammlungen besser zu besuchen. Es ist Pflicht jedes Kollegen, der nicht durch Arbeit verhindert ist, zu erscheinen. Die Bevollmächtigten geben sich gewiß die größte Mühe, die Versammlungen rechtzeitig in den Zeitungen und durch Plakate an allen Ecken bekannt zu machen, so daß eine Entschuldigung einzelner Kollegen, nichts gewünscht zu haben, ganz hinfällig ist. Wir sorgen für Referenten, die uns unsere Lage und den Werth der Organisation vor Augen führen und uns den Zusammenhang der ökonomischen Verhältnisse verständlich machen; wenn aber die Versammlungen noch ferner so schlecht, wie bisher, besucht werden, sind wir nicht in der Lage, belehrende Vorträge halten zu lassen. Und diejenigen, welche sich gar nicht oder nur selten an den Versammlungen beteiligen, entziehen den anderen Kollegen, die regelmäßig am Platze sind, die Gelegenheit zur Fortbildung und Befestigung ihrer Ansichten. Also, Kollegen, besucht die Versammlungen besser! Schließen wir uns eng aneinander an, und vereint gegen die ungesunden Verhältnisse, die bei uns wie an anderen Orten herrschen, gegen die Macht des Kapitals, zu kämpfen! Suche Jeder seine nicht organisierten Kollegen mit heranzuziehen, damit unsere Zahlstelle stärker werde, denn nur dann können wir auf Erfolg rechnen. Doch unsere Organisation! — Die abreisenden Kollegen werden darauf aufmerksam gemacht, daß es ihre Pflicht ist, sich beim 1. Bevollmächtigten H. Otto vor ihrer Abreise abzumelden, da sie nur dann laut Statut Anspruch auf Reiseunterstützung haben. Es ist vorgekommen, daß Kollegen von hier abreisten, ohne sich abzumelden, um dann an anderen Zahlstellen Unterstützung zu beanspruchen. Daß dies unstatthaft ist, sollte jedes Mitglied wissen. Also abmelden! —

Rainz. Am Sonntag, den 25. November, Nachmittags 4 Uhr, fand im Lokale zum „Krokolbil“ unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung statt. Der erste Punkt der Tagesordnung wurde durch Aufnahme neuer Mitglieder und Erhebung der Beiträge ausgefüllt. Den zweiten Punkt bildete das Vorschlagen der Bevollmächtigten und Revisoren. Der seitherige Bevollmächtigte, Kollege Jeliich, erklärte, triftige Gründe zwingen ihn, das Amt nicht wieder anzunehmen, außerdem sei er bei der Agitation auf den benachbarten Orten sehr in Anspruch genommen. Die fernere Thätigkeit als erster Bevollmächtigter würde ihn an der Ausübung der Agitation hindern. Die Kollegen

Kimpel und Bitter vertreten die Ansicht, möglichst alle Jahre einen Wechsel in den Personen der Bevollmächtigten eintreten zu lassen, damit vielen Mitgliedern die Gelegenheit gegeben werde, sich ernstlich mit den Vorforderungen unseres Verbandes zu beschäftigen. Leider glaube die Mehrzahl der Mitglieder, ihre Pflichten erfüllen zu haben, wenn sie alle Quartal einmal in die Versammlung kommen und ihre Beiträge bezahlt hätten. Diese Pässigkeit müsse mit allen Mitteln bekämpft werden. In Vorschlag kamen: die Kollegen Geiß als 1. Bevollmächtigter, Romeiser als 2. Bevollmächtigter und Volkmar als 3. Bevollmächtigter; als Revisoren die Kollegen Müller, Schulz und Niedel. Kollege Volkmar wurde zum Delegirten des Gewerkschaftskartells, Kollege Niedel zum Zeitungsausträger gewählt. Zum Schluß brachte der zugerichtete Kollege Schaedt aus Heidelberg eine Beschwerde gegen die hiesige Zentralherberge vor, mit deren Brüfung und Hebung der eventuellen Uebelstände das Gewerkschaftskartell beauftragt wurde. Die zugerichteten Kollegen werden ersucht, alle Beschwerden gegen die Zentralherberge entweder schriftlich in den Beschwerde-Listen niederzulegen oder mündlich dem 1. Bevollmächtigten mitzutheilen.

Rothenburgsort. Am 13. November hielten wir unsere Mitglieder-Versammlung bei G. Neuter, Köhrendamm, ab. Nach Erledigung der geschäftlichen Formalitäten wurde, da der Referent noch nicht erschienen war, zum 3. Punkt der Tagesordnung: „Berichterstattung vom Kartell“, übergegangen. Nach Entgegennahme des Berichts erhielt der inzwischen erschienene Referent, Kollege Liebich von Hamburg, das Wort zu einem beifällig aufgenommenen Vortrag über das „Aneignen“. Frau Schermer verlas die Abrechnung, an welche sich Ausstellungen nicht knüpften. Die Versammlung ertheilte Frau Schermer Decharge. Unter dem letzten Punkt wurde die Wahl eines Hilfskassirers vorgenommen, jodann trat Schluß der Versammlung ein.

Am 13. Dezember tagte unsere Mitglieder-Versammlung in dem Lokale des Herrn Eichen, Ecke Mühlenweg und Regimentsstraße. Unter Punkt 1 der Tagesordnung nahm die Versammlung den Kartellbericht entgegen. Kollege A. las den Bericht aus dem Hamburger „Echo“, die Verhandlungen des Kartells betreffend, vor. Darauf verbreitete sich Kollege J. über die Ursachen, welche zum Streik in der Schuhfabrik von Tack und Komp. geführt, die Kollegen ermahnt, bei Deckung ihres Bedarfs an Schuhwaaren den Tack'schen Geschäften die ihnen gebührende Würdigung widerfahren zu lassen. — Zum 2. Punkt kritisierte Kollege N. das Verhalten Kuhndt's, welcher noch 20 Mk. aus dem Erlös von verkauften Maimarken im Besitz hat, deren Auslieferung er verweigert. Denselben wird vorgeworfen, zwei Kollegen denunziert zu haben, welche dadurch aus der Arbeit gekommen seien. Bei den Schauerleuten habe Kuhndt als Lohndrücker sich erwieien. Nachdem noch mehrere Redner sich in der Angelegenheit ausgelassen, wurde beschlossen, Kuhndt, der der Einladung, in der Versammlung zu erscheinen, nicht Folge geleistet, nochmals aufzufordern, zu erscheinen, und eine Erklärung abzugeben, ob und in welcher Weise er die 20 Mk. bezahlen wolle, und wie er sich zu den anderen Beschuldigungen verhalte. Seines Amtes als Delegirter zum Kartell wird er darauf entbunden und mit Ausübung desselben sein Vertreter betraut. Nachdem noch eine Sache, welche rein lokaler Natur war, erledigt worden, trat Schluß der Versammlung ein.

Wandsbeck. In der am 5. Dezember abgehaltenen Mitglieder-Versammlung referierte Genosse Baker über das Thema: „Arbeitszeitverkürzung und Lohnhöhung als Vorbedingungen des Kulturfortschritts“. Redner betont, daß es immer mehr Aufgabe der Arbeiterorganisation werden müsse, die Arbeitszeit zu verkürzen und den Lohn zu erhöhen, damit der Arbeiter mehr freie Zeit erhalte, um sich geistig zu bilden und in Folge des besseren Lohnes die Mittel zu einem menschenwürdigen Dasein habe. Die Verwirklichung dieser beiden Postulate sei ein wahrer Kulturfortschritt. Dem Vortrage folgte reichlicher Beifall. Frau Köhler berichtet über die verlassene Konferenz zu Pinnerberg. Wir verweisen, um dem „Proletarier“ Wiederholungen zu ersparen, auf das betreffende, in der Nummer 25 des „Proletarier“ abgedruckte Protokoll. E. M. Kollege J. Martens kam sich damit, daß die nächste Konferenz in Kellinghusen stattfinden soll, nicht einverstanden erklären, weil Kellinghusen zu weit entfernt von dem Gros der nördlichen Zahl stellen gelegen sei. Uebriqens solle man die Konferenzen nicht zu oft abhalten, damit sie nicht zu Epidemien ausarteten. Kollege Behn verliest die Abrechnung von der letzten öffentlichen Versammlung, nach derselben erzieht sich eine Einnahme von 50 Mk. und eine Ausgabe von 43,15 Mk., mithin ein Ueberschuß von 6,85 Mk. Ferner wurde ein im nächsten Jahre abzuhaltendes Sommerfest beschlossen und die Kollegen Gode-mann, Martens und Behn mit den notwendigen Vorarbeiten betraut. Sodann erhielt Kollege Wof das Wort zu dem schon bei Besetzung beanstandeten Protokoll. Der Kollege bestritt, daß in der letzten Versammlung ein Antrag eingegangen und angenommen sei, nach welchem den Kartell-Delegirten, in Sachen der Herabsetzung des Kartellbeitrags, ein gebundenes Mandat gegeben sei. Der Antragsteller Ch. Martens und mehrere Kollegen behaupteten das Gegentheil. Es wird beauftragt, vor Schluß der Versammlung die wichtigsten Beschlüsse zu verlesen, der Antrag wird jedoch abgelehnt. Ebenso zwei weitere Anträge, dahingehend, den früheren Mitgliedern, welche sich nun beim Militär befinden, und einem erkrankten Kollegen eine Unterstützung zu gewähren. Alsdann folgte Schluß der Versammlung.

Gingelandt.
Stellingen-Langensfelde. In den letzten vier bis fünf Monaten hat sich eine Lauszeit in unserer Zahlstelle bemerkbar gemacht, daß wir nicht mehr umhin können, an dieser Stelle unseren Kollegen eine Aufrüttelung zu theil werden zu lassen. Vorab ist es die Zahlung der Beiträge, welche hier gerügt werden muß. Bei der Abrechnung vom 3. Quartal hatten wir 128 zahlende Mitglieder, wovon

110 männliche und 18 weibliche, diese hatten zusammen an Beiträgen gezahlt 40,80 Mk. Die ganze zu leistende Summe betrug aber 165,70 Mk. Nehmen wir nun an, daß der Mitglieder hätte wegen Krankheit, Arbeitslosigkeit und anderer Gründe keine Beiträge im Summa von 38,92 Mk. nicht zahlen können, so hätten immerhin noch 116,78 Mk. eingehen müssen. Daraus läßt sich Rechnung legend, sehen wir uns in unserer letzten Mitglieder-Versammlung veranlaßt, zu beschließen, daß die Hilfskassirer fernere den „Proletarier“ nicht mehr in die Arbeitsstellen austragen dürfen, sondern jedem Mitgliede das Exemplar in die Wohnung zu bringen haben, um dann sofort die Beiträge einzusammeln. Wir bitten daher die Kollegen, welche rüchständig sind, es als ihre Ehrenpflicht anzusehen, so nach und nach ihre rückständigen Beiträge zu begleichen. Als ein zweites Uebel ist der schlechte Versammlungsbesuch zu bezeichnen. Die letzten Versammlungen waren so schlecht besucht, daß sie kaum eröffnet werden konnten. Kollegen! Es ist wahrlich an der Zeit, daß Ihr Euch bessert, Euren Verpflichtungen besser nachzukommen. Oder füllt Ihr Euch noch zu wohl, daß Ihr etwa glaubt, es nicht nothig zu haben, Hand mit anzulegen an die Bekämpfung Eurer Arbeitsbrüder aus den Ketten des modernen Sklaventhums? Die Erfahrung sollte Euch wahrhaftig denn doch eines Besseren belehrt haben. Oder seid Ihr etwa herzlos genug, ohne Mitleid sehen zu können, wie hier tagtäglich ganze Trupps von hungernden, frierenden, arbeitslosen Arbeitsbrüder an Euch vorbeimarschiren, voll Noth und dumpfer Verzweiflung im Bufen, „o Kummer und Elend, das ein tieferer Noth vor unseren Augen auf und niederrollt, dem arbeitenden Volke als Ansporn dienend, Hand anzulegen, um bessere Zustände für die geknechtete Menschheit herbeizuführen und den besitzenden Klassen als ein Memento? Nein, Kollegen! Wenn Ihr noch Anspruch macht auf Menschenliebe, dann können diese Ereignisse nicht an Euch vorbeiziehen, ohne den festen Entschluß in Euch zurück zu lassen, mit allen Kräften an der Herbeiführung eines menschenwürdigeren Daseins mitzuhelfen. Und dieses Mittel ist vorab die Kräftigung unserer Organisation. Wir hoffen in den nächsten Mitglieder-Versammlungen auf zahlreichen Besuch. Die arbeitslosen Kollegen werden gebeten, sich beim 2. Bevollmächtigten und den Hilfskassirern zu melden.

Mit kollegialischem Gruße
Die Bevollmächtigten.

Soziale Rundschau.

— **Unter jene Betriebe**, welche ihren Besitzern recht hohe Profite einbringen, gehören in erster Linie die Zuckerrfabriken. Daß in denselben jedoch die Arbeitskraft der Arbeiter in ganz rigoroser Weise ausgebeutet wird, ist an folgendem Beispiel ersichtlich. Die Dschager Zuckerrfabrik ist Tag und Nacht im Betrieb, die Tagsschicht dauert von früh 7 Uhr bis Abends 7 Uhr, die Nachtschicht von Abends 7 Uhr bis Morgens 7 Uhr. Für viele Arbeiter der Fabrik giebt es keine bestimmten Pausen zum Essen. Der Lohn beträgt für Arbeiter und Arbeiterinnen 14—20 Pfennig pro Stunde. Arbeiterinnen werden nur sehr selten mit dem höchsten Satze entlohnt. Wer während der Nachtschicht zum ersten Male schläft, zahlt eine Mark Strafe, wird er zum zweiten Male schlafend angetroffen, so erfolgt seine Entlassung. Die Strafgebühren, welche für bestimmte „Vergehen“ erhoben werden, steigen bis zu drei Mark. Bei solch hochgradiger Ausbeutung der proletarischen Arbeitskraft muß die Fabrik eine „gedeihliche Entwicklung“ aufweisen, eine gedeihliche Entwicklung ad majorem Dei gloriam, zu Nutz und Frommen des kapitalistischen Profits.

— **Den deutschen Sittlichkeitsaposteln ins Stammbuch!** Dem modernen, moralisirenden, sittlichen Heilmittel, das sich jetzt in Deutschland breit macht, die Prostitution bekämpft mit den stumpfen Waffen sittlicher und moralischer Vorlesungen, von einer Verringerung unserer verderblichen wirtschaftlichen Zustände aber nichts wissen will, könnte nachfolgendes Beispiel von der Ausbeutung der Arbeiterinnen ein Fingerzeig sein, wo die Quelle des von ihnen bekämpften Übels zu suchen ist. Eine Zigaretten-Papierpfeifenfabrik in Leipzig, welche Arbeitskräfte anwarb, machte einer Arbeitsuchenden folgendes glänzende Angebot: Vierzehn Tage Lehrzeit ohne jede Entschädigung (die Arbeit kam in ein paar Stunden gelernt werden), darauf drei Wochen Arbeit gegen einen Lohn von 3 Mark wöchentlich, später Akkordarbeit. — Nicht viel besser geht es den in Buchbindereien und verwandten Berufszweigen beschäftigten Arbeiterinnen in Glogau. Dieselben erhalten nämlich einen Wochenlohn von 4 bis 6 Mark; nur ausnahmsweise gut gestellte Arbeiterinnen bringen es auf einen wöchentlichen Verdienst von 7 bis 8 Mk. Zu dem geschichtlich gewordenen „Kapitalchen“ werden es die Fernsten wohl trotz aller „Enthaltbarkeit“ nicht bringen. Wohl aber werden sie durch solche Hungerlöhne auf die Bahn des Lasters getrieben. Den Unternehmern Reichthum, Würden und Titel — den Arbeiterinnen niedriger Lohn, Elend, Schande und die sittliche Entrüstung männlicher und weiblicher Betschwefelern, — so will es die kapitalistische, sittliche Weltordnung — solange, bis das arbeitende Volk im Stande ist, durch Klassenbewußtes Handeln der Ausbeutung ein Ende zu machen.

— **Zahlen als Ankläger.** Der englische Staatsminister des Innern empfing kürzlich eine Abordnung der „British Medical-Gesellschaft“, welche die Regierung ersuchte, der steigenden Kindersterblichkeit in den Industriestädten die ernsteste Aufmerksamkeit zuzuwenden. Von je 1000 Kindern im Alter unter einem Jahre starben 1885 in London 148, im Jahre 1893 jedoch 164; in einem Industriedistrikt der Hauptstadt betrug die Sterblichkeitsziffer sogar 208. Nach sorgfältig durchgeführten statistischen Erhebungen über die Kindersterblichkeit sind von je 100 000 Geburten am Leben geblieben; in den rein ländlichen Distrikten 90 283; in den gemischten Distrikten 83 081; in den Industriestädten 78 197. Auf je 10 Todes-

